

# Wohnen – ein Menschenrecht!

In der Stadt wird an verschiedenen Stellen gebaut: Wohnungen für „besser Verdienende“ beim alten Kinderspital oder langfristig gleich ein neues Quartier in der Gegend des Hafenareals. Immer wieder wird versichert, dass „man“ sich um eine gute Durchmischung der Bevölkerungsgruppen bemüht, dass es zu keiner Verdrängung kommen wird und dass diese Entwicklungen im Interesse des Kantons liegen.



Doch die Armut ist noch immer nicht bewältigt, und viele Menschen in Basel leben in prekären Verhältnissen. Für eine gerechte Gesellschaft braucht es eben mehr als Lippenbekenntnisse, es braucht einen klaren politischen Willen und die nötigen Instrumente, um den Partikularinteressen einzelner Gruppen entgegenzutreten zu können. Es braucht eine Strategie im Wohnungsbau, die den Fokus auf die Gemeinschaft legt, es braucht frische und junge Genossenschaften – oder ganz allgemein: es braucht Wohnmöglichkeiten für alle.

Vergessen wir nicht: Wohnen ist ein Menschenrecht, und der Staat sowie die Politik stehen in der Pflicht, dieses Recht zu schützen. Um das Recht auf Wohnen abzusichern und zu verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer finanziellen Situation aus Quartieren abwandern müssen, braucht es konkrete Massnahmen, um Wohnungen und Boden vor Spekulation zu schützen. Gerade die grossen freiwerdenden Flächen könnten zu grossen Teilen für günstigen Wohnraum genutzt und über den gemeinnützigen Wohnungsbau oder mittels Förderung von Genossenschaften langfristig der Spekulation entzogen werden.

Auch wenn der gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsbau einen Beitrag zur Bewältigung von Armut leisten können, so darf dies nicht deren eigentlicher Zweck sein. Diese Eigentumsform ist

vielmehr ein Instrument, um der Spekulation entgegenzuwirken und ein Mietpreisniveau zu erhalten, das allen ein bezahlbares Wohnen ermöglicht. Steigende Mieten treiben mehr Menschen in die Armut. Eine Wohnpolitik, die der Spekulation Einhalt gebietet, ist somit eine präventive Strategie. Die Förderung von Genossenschaften und gemeinnützigem Wohnungsbau ist also nicht als Unterstützung von Armutsbetroffenen zu verstehen, sondern sichert allgemein ein für alle erschwingliches Mietpreisniveau.

Die Spekulation mit Boden und Wohnraum unterstellt ein existentielles Gut der Logik des Neoliberalismus. Umgekehrt

wird mit deren Verhinderung ein Beitrag zum Schutz von demokratischen Strukturen geleistet. Die Macht bleibt zu grossen Teilen beim Staat oder in demokratisch-genossenschaftlichen Strukturen.

Um das Recht auf Wohnen für alle durchzusetzen, braucht es eine starke und nachhaltige Bewältigung von Armut. Den Wohnraum der Spekulation zu entziehen ist eine langfristige Perspektive. Für die Bewältigung von konkreten Armutslagen ist weit mehr nötig.

Andreas Wyss

*Andreas Wyss ist Präsident des Vereins für Gassenarbeiter Schwarzer Peter und kandidiert für BastA im Wahlkreis Grossebasel West.*

## Wohnraumförderungsgesetz nach wie vor ungenügend

BastA! ist vom überarbeiteten Wohnraumförderungsgesetz enttäuscht. Zwar hat die Regierung angekündigt, es gehe künftig nicht mehr darum, Wohnungen für Gutverdienende zu fördern, sondern bezahlbaren Wohnraum für alle bereit zu stellen. Das weckte Erwartungen. Im Gesetz sucht man allerdings vergeblich nach griffigen Instrumenten, die es dem Kanton erlauben würden, regulierend in den Boden- und Wohnungsmarkt einzugreifen. Die Rolle des Staates wird weitgehend darauf reduziert, gute Rahmenbedingungen für private Investoren zu schaffen. Der Abbruchschutz wurde derart verwässert, dass es einer Einladung an die Hausbesitzer gleichkommt, günstigen Wohnraum abzureissen und durch teure Eigentums- oder Mietwohnungen zu ersetzen.

Die kleinen Verbesserungen etwa im Bereich genossenschaftlicher Wohnungsbau sind ungenügend und ändern nichts am negativen Gesamteindruck. Wir erwarten von einem Wohnraumförderungsgesetz, dass es den Staat ermächtigt, eine aktive Wohnpolitik zu betreiben, den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau gezielt zu fördern, Massnahmen zum Erhalt von günstigem Wohnraum zu ergreifen und selber baulich tätig zu werden, etwa im Bereich sozialer Wohnungsbau. Sonst bleibt die proklamierte Devise „Wohnen für alle“ eine leere Floskel.

## Greenhattan (Fortsetzung)

Lofts und Wohnungen, sondern normale Wohn- und dafür grössere Grünflächen.

### 3. Grünflächen statt Wolkenkratzer

Das neue Quartier muss das Bedürfnis der angrenzenden Quartiere und des ganzen Kleinbasel nach mehr Grünflächen befriedigen, weshalb grosszügige Parks und Freiflächen entstehen sollen. Der Zu-

gang zum Rhein muss für alle offen sein. Die IG Greenhattan stellt auch die Idee der Insel in Frage, da diese das Zusammenwachsen des neunten Quartiers mit den angrenzenden erschwert. Statt des Rheinkanals könnte eine neue, grosse Grünfläche entstehen.

### Weitere Aktivitäten

Als nächstes werden wir gute Quartierentwicklungen in der Schweiz und im Ausland betrachten und schauen, was davon für Basel sinnvoll ist. Wir wollen aus den Erfahrungen anderer Quartiere lernen und

ein konkretes Gegenmodell zu „Rheinhattan“ erarbeiten.

Wir sind überzeugt, dass die Veränderungen auf dem Hafenareal eine Chance für die angrenzenden Quartiere, die Stadt und die ganze Region sein können. Dafür braucht es klare Ziele und gute Rahmenbedingungen für günstigen Wohnraum, ökologische Bauten und vielfältige Grünflächen. Die Bevölkerung und die Politik müssen sich jetzt in die Diskussion einmischen und entscheiden, was für eine Quartierentwicklung gewünscht ist.

Tonja Zürcher